

**Öffentliche Anhörung  
des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
am Mittwoch, 16. Dezember 2020, 10:00 bis 13:00 Uhr**

**Stellungnahme zu Themenblock A  
Prognosen und Instrumente der Gestaltung der Urbanisierung**

**Martin Dirr, 09.12.2020**

*A1. Wie sieht der Prozess der Urbanisierung auf dem afrikanischen Kontinent aktuell und in der Prognose bis 2050 aus? Welche Besonderheiten gibt es dabei auf dem Kontinent? Gibt es bemerkenswerte Unterschiede im Umgang oder bei Strategien afrikanischer Regierungen mit der Urbanisierung?*

Die städtische Bevölkerung Afrikas wird sich in den nächsten 30 Jahren verdoppeln. Schon jetzt leben fast eine halbe Milliarde Menschen in den Städten Afrikas und bis 2050 könnte die Stadtbevölkerung auf **über 1 Mrd. Menschen** anwachsen. Mehr als die Hälfte der städtischen Bevölkerung in Afrika lebt in **Klein- und Mittelstädten** mit weniger als 500.000 Einwohner\*innen; diese Städte erleben das schnellste Wachstum. Bis 2014 waren Kairo, Kinshasa und Lagos die einzigen Megastädte (>10 mio. EinwohnerInnen) in Afrika. **Bis 2040 werden es voraussichtlich 5 weitere sein:** Johannesburg, Luanda, Dar Es Salam, Nairobi und Abidjan. Parallel wird sich der **Infrastruktur- und Gebäudebestand**, sowie die bebaute Fläche in den Städten Afrikas, bis 2050 voraussichtlich verdreifachen. Die Art und Weise wie dies geplant, finanziert, umgesetzt und genutzt wird, wird die Nachhaltigkeit der Städte und der afrikanischen Gesellschaften entscheidend prägen.

Im Vergleich mit europäischen Städten sind Städte in Subsahara Afrika **sehr jung**. Die Stadt Addis Abeba wurde 1892 gegründet, hat heute aber bereits über 4,2 Mio. EinwohnerInnen. **Städtisches Bevölkerungswachstum** vollzieht sich immer mehr durch **Zuwanderung**. Dabei spielt vor allem das Thema Beschäftigung eine zentrale Rolle. **In Nigeria strömen pro Tag 1000 Menschen mit Hoffnung auf Arbeit in die Millionenstadt Lagos.** Zudem ist die Urbanisierung in Afrika sehr von **Informalität** geprägt. Dies bedeutet, dass der Großteil der Bevölkerung im **informellen Sektor beschäftigt** ist - die Internationale Organisation für Arbeit (ILO) schätzt den Anteil in Subsahara-Afrika auf 66%. Zudem **lebt über 60% der städtischen Bevölkerung in Afrika in Slums bzw. informellen Siedlungen.**

Der politische Wille auf nationaler Ebene für einen gezielten Umgang mit Stadtentwicklung und Urbanisierung variiert stark. **Nationale Stadtentwicklungspolitiken** sind, wie in Deutschland, ein wichtiges Instrument, um Politikkohärenz herzustellen, relevante Akteure und Regierungsebenen zu koordinieren und letztlich einen effektiven Einsatz von Mitteln für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu gewährleisten. Aktuell haben **lediglich 18 Länder** in

Subsahara Afrika Nationale Stadtentwicklungspolitiken (z.B. Südafrika, Integrated Urban Development Framework; Ruanda, Secondary Cities Master Plan). Die Gestaltungskraft dieser Politiken hängt zudem davon ab, wie die Länder diese mit gezielten Förderprogrammen für Städte und Gemeinden untersetzen.

Der Stellenwert von und der Umgang mit Stadtentwicklung hängt auch in Afrika u.a. auch von dem **Grad der Dezentralisierung** (d.h. die Übertragung von Entscheidungskompetenzen und Ressourcen auf subnationale Ebenen) sowie dem **politischen Willen** der jeweiligen Länder ab, die Rolle von Städten als zentrale Entwicklungsakteure anzuerkennen. In Ländern mit hohem Grad an Dezentralisierung werden Kommunen von den jeweiligen Regierungen in der Regel gezielter gestärkt, um den Herausforderungen der Urbanisierung zu begegnen. So sind Südafrika, Äthiopien und Uganda bereits sehr fortgeschritten in der Übertragung von Entscheidungskompetenzen und Ressourcen auf die lokale Ebene, während insbesondere die frankophonen Länder eher noch von zentralistischen Strukturen geprägt sind und eine solche gezielte Stärkung dort dementsprechend fehlt.

*A2. Welches ist die aus Ihrer Sicht größte Herausforderung der Urbanisierung, politisch, wirtschaftlich, sozial, umweltpolitisch? Welche Instrumente der EZ sind am besten geeignet, um die Probleme der Urbanisierung zu mildern und den ländlichen Raum als Lebens- und Wirtschaftsraum zu stärken? Welche Rolle spielen das Recht auf Wohnen, soziale Wohnungsbauprogramme und z.B. die Aufwertung informeller Siedlungen? Wie kann Beschäftigung im informellen Sektor formalisiert werden? Gibt es Beispiele für eine gelungene Stadtentwicklung auf dem afrikanischen Kontinent, von denen andere lernen können?*

Die Hauptherausforderungen für einen adäquaten Umgang mit der Urbanisierung in afrikanischen Städten lassen sich zusammenfassen in drei Themenbereiche unterteilen, die sich gegenseitig bedingen:

1. **Unzureichende Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene**, wie z.B. fehlende nationale Stadtentwicklungspolitiken und mangelnde Politikkohärenz
2. **Unzureichende Kapazitäten und Finanzausstattung der Stadtregierungen** bei gleichzeitig wachsendem Bedarf an Versorgung mit städtischen Dienstleistungen (u.a. Wasser, Mobilität, Wohnen, Energie, Soziales)
3. Mangel an **effektiven Strategien und Ansätzen für einen Umgang mit der Informalisierung und sozialer Ungleichheit**
4. Mangel an **Strategien, um den Klimaschutz als übergreifende Aufgabe** in der Gestaltung des Urbanisierungsprozesses zu berücksichtigen

Der **Einsatz der EZ Instrumente** umfasst sowohl Instrumente der technischen als auch der finanziellen Zusammenarbeit und wird von den spezifischen Rahmenbedingungen und dem Bedarf in den jeweiligen Ländern beeinflusst.

Wie in vielen anderen Bereichen geht es in der nachhaltige Stadtentwicklung zunächst darum, unsere Partnerländer bei der **Schaffung wichtiger national Rahmenbedingungen** zu unterstützen, um die Städte in die Lage zu versetzen, die Infrastruktur in allen Sektoren zur Schaffung lebenswerter Städte bereitzustellen.<sup>1</sup> Hierzu eignen sich die klassischen Instrumente der **technischen Zusammenarbeit**, der Aufbau von organisatorischen Kapazitäten in den relevanten Institutionen, die Stärkung von personellen Kompetenzen der Fachkräfte sowie Stärkung der Netzwerkarbeit. Im Mittelpunkt der **finanziellen Zusammenarbeit** stehen neben der direkten Bereitstellung von Finanzierungen für Investitionen, oft Instrumente, um den Städten einen verbesserten Zugang zu Finanzierung zu ermöglichen. Dabei spielen innovative Finanzierungsansätze, wie die Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Entwicklungsbanken, Lokalwährungsdarlehen oder strukturierte Fondslösungen eine immer wichtigere Rolle.

**Auf der lokalen Ebene geht es um die Stärkung von Stadtverwaltungen und städtischen Betreibergesellschaften** in der Planung, Finanzierung und Umsetzung von Maßnahmen für eine nachhaltige und klimagerechte Stadtentwicklung.<sup>2</sup> **Instrumente der technischen und der finanziellen Zusammenarbeit ergänzen sich auf lokaler Ebene sehr gut** und sollten - wann immer möglich - synergetisch eingesetzt werden. Damit technische und finanzielle Zusammenarbeit effektiv und ineinandergreifen können, **bedarf es allerdings eines längeren Atems**. Umfassende städtische Reformen sind nicht in kurzer Zeit umsetzbar, ebenso wenig die Planung und Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen. **Die nachhaltige Gestaltung des Urbanisierungsprozess braucht langfristige und verlässliche Partnerschaften**, sie muss an den Bedarfen der BürgerInnen und den lokalen politischen Agenden ausgerichtet sein, und sichtbare Verbesserungen der Lebensbedingungen mit langfristigen Reformen verknüpfen.

---

<sup>1</sup> Beiträge hierfür sind Gestaltung und Umsetzung nationaler Stadtentwicklungspolitiken und städtischer Förderprogramme, Entwicklung von Gesetzen und Richtlinien zur Stärkung der kommunalen Fiskalautonomie, Vernetzung und horizontaler Austausch durch kommunale Verbände sowie Gestaltung einer kohärenten räumlichen Planungen und Raumordnung, welche die engen funktionalen Stadt-Landverflechtungen berücksichtigt.

<sup>2</sup> Hierzu zählen z.B. die Etablierung von Verfahren der sektorübergreifenden Planung, die Stärkung des kommunalen Finanzmanagements und der Haushaltsführung letztlich auch zur Stärkung der Kreditwürdigkeit, der Aufbau von Kapazitäten zur Vorbereitung und Umsetzung finanzierungsfähiger Infrastrukturmaßnahmen und zur Mobilisierung zusätzlicher Finanzquellen (Bsp. Kommunale Anleihen, Privatkapital, intern. Klimafonds) sowie die Bereitstellung von auf die Bedarfe der Städte zugeschnittener Finanzprodukte wie Zuschüsse, zinsvergünstigte Darlehen oder Bürgschaften.

Die **Bereitstellung von angemessenem Wohnraum** und die Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen insbesondere der armen städtischen Bevölkerung sind Hauptherausforderung für die meisten Stadtverwaltungen in Afrika, und sollten daher vorrangige Ziele der EZ sein. **Großangelegte Wohnungsbauprogramme** sind ein **wichtiges Mittel**, um der Knappheit an Wohnraum zu begegnen. **Die dt. EZ sollte sich sowohl mit der technischen als auch finanziellen Zusammenarbeit stärker in diesem Bereich engagieren**, insbesondere um die Versorgung der armen städtischen Bevölkerung im Rahmen von Programmen für lebenswerten Wohnraum sicherzustellen.

Bei der **Aufwertung von städtischen informellen Siedlungen** sollten **in-situ Aufwertungen** sowie die **Stärkung der Rechtssicherheit in Besitz-, Miet- und Nutzungsverhältnissen** im Mittelpunkt stehen. Für die **Finanzierung von effektiven kleinteiligeren Maßnahmen** auf Stadtteileben müssen flexiblere Finanzierungsinstrumente entwickelt werden. Zudem muss für eine Aufwertung informeller Siedlungen der Dialog zwischen den BewohnerInnen und der Stadtverwaltung gestärkt werden. Globale **Organisationen wie „Slum Dwellers International“** ([www.sdinet.org](http://www.sdinet.org)) **oder „WIEGO“** ([www.wiego.org](http://www.wiego.org)) können hierzu eine effektive Mittlerfunktion einnehmen.

**Der informelle Wirtschaftssektor** ist geprägt durch **ein hohes Maß an struktureller Ausbeutung und Abhängigkeit** aufgrund fehlender Regulierung und rechtlicher Absicherung. Gleichzeitig ist er der Motor der Wirtschaft und oft die einzige Einkommensmöglichkeit für viele BürgerInnen. Daher gilt es eine **Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der im informellen Sektor Beschäftigten herbeizuführen**, anstatt eine Formalisierung zu forcieren. Das **Potenzial und die wichtige Funktion des informellen Sektors** in der Grundversorgung (insbesondere in den Bereichen Wasser, Abfall, Mobilität) sowie dessen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen sollte anerkannt und gefördert werden. Ein zentraler Ansatz, den die dt. EZ stärker nutzen sollte, ist daher, die **Stimme und Sichtbarkeit der im informellen Sektor Beschäftigten zu erhöhen** und letztlich deren effektive Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Die dt. EZ sollte zudem **Stadtverwaltungen darin stärken, Verfahren zur Zusammenarbeit mit dem informellen Sektor** zu erproben und zu etablieren. Die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten zur Beteiligung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Netzwerke von lokalen Nichtregierungsorganisationen auf regionaler und globaler Ebene gilt es als Mittlerorganisationen zu stärken.

**Beispiele für eine gelungene Stadtentwicklung auf dem afrikanischen Kontinent** bieten z.B. die Republik Südafrika, wo mit Unterstützung der deutsch-südafrikanischen technischen Zusammenarbeit eine nationale Stadtentwicklungspolitik - Integrated Urban Development

Framework (IUDF) - verabschiedet wurde. Zudem ist die Dezentralisierungsreform in Ghana und die mit Unterstützung der dt. EZ aufgebautes digitales Verwaltungssystem ein weiteres Beispiel. Mit Hilfe einer Software haben Gemeinden, wie New Juaben North Municipal, ihre Einnahmen aus Grundsteuern und Gewerbegebühren verfünffacht. Zudem zeigt die "Violence prevention through Urban Upgrading" (VPUU) in der Republik Südafrika was für eine wichtige Rolle Bürgerpartizipation und die Beteiligung von Zivilgesellschaft und NGOs für gelungene Stadtentwicklung spielen (siehe Anhang für ausführliche Beispiele).

*A3. Wie beeinflusst die Urbanisierung die politische Entwicklung und Stabilität der betreffenden Staaten? Welche Ansätze städtischer Governance und Bürgerbeteiligungs-Modelle gibt es? Welche Rolle spielen Städtenetzwerke?*

Der **Zuzug aus ländlichen Gebieten** in Städte bedeutet für die meisten StadtbewohnerInnen Zugang zu mehr Möglichkeiten (Bildungschancen, bessere Gesundheitsversorgung, wirtschaftliche Chancen), und Freiräumen, die auf dem Land häufig nicht vorhanden sind. Städte sind in der Regel liberaler geprägt (freie Meinungsäußerung, kulturelle Vielfalt und stärkere Gleichberechtigung für Frauen und Mädchen etc.). Die Urbanisierung kann in autoritären Herrschaftssystemen (gerade bei der jüngeren Generation) **Forderungen nach mehr sozialen, politischen und wirtschaftlichen Freiräumen und Teilhabe** beflügeln. Wachsende Urbanisierung kann Einfluss auf traditionelle Machtgefüge nehmen und damit auch einen Beitrag zu mehr Liberalisierung und Demokratisierung leisten. Wenn sich allerdings gesellschaftliche Ungleichheit im urbanen Raum zuspitzt, kann es schnell zur Fragmentierung kommen. Fehlt es an essenzieller Basisinfrastruktur seitens der öffentlichen Hand, wird die fehlende Versorgung sehr schnell durch andere nicht-staatliche Akteure ersetzt. Dies wiederum bietet Chancen für organisierte Kriminalität und Ausbeutung.

Ein **Erfolgsfaktor zur Stärkung guter städtischer Regierungsführung**, ist die Verknüpfung von Reformen auf der Planungs- und Verwaltungsebene mit konkreten Verbesserungen der Lebensbedingungen der städtischen Bevölkerung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft insbesondere der strukturell benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Ansätze zur Stärkung von **Dezentalisierungsprozessen** schaffen unter anderem den gesetzlichen Rahmen, der die Zuständigkeiten der subnationalen Behörden klar definiert und verlässliche Finanztransfers sowie Autonomie über die Erhebung von Einnahmen und Ausgaben erteilt. Beim **Aufbau städtischer Kapazitäten** für eine gute städtische Regierungsführung geht es darum, Städte zu befähigen, ihre Aufgaben in der Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung effektiv wahrzunehmen. Das 2015 abgeschlossene deutsch-äthiopische **Urban Governance and Decentralisation Programme** unterstützte zum Beispiel eine landesweite Reform städtischer

Governance, welche Verfahren einer transparenten und effektiven Haushaltsführung, der Bürgerbeteiligung und der bedarfsorientierten Planung und Bereitstellung von Dienstleistungen beinhaltet. Die effektive **Beteiligung zivilgesellschaftlicher Vereinigungen** spielt eine Schlüsselrolle in einer guten städtischen Regierungsführung. Dazu gehören Heimatstadtvereinigungen, Jugendverbände, Spar- und Bestattungsgruppen. Sie nehmen in der Praxis oft Aufgaben wahr, die der Staat in den Städten des globalen Nordens übernimmt, wie z.B. die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen, die Zuweisung von Land, die Gewährleistung von Sicherheit und die Bereitstellung von Netzen der sozialen Sicherheit.

**Städtenetzwerke** nehmen unterschiedliche Rollen und Funktionen ein. Einerseits stellen sie ein gutes Instrument des horizontalen Austauschs und des „Peer-to-peer learning“ dar, andererseits agieren sie oftmals als Lobbyorganisation für städtische Anliegen, damit Städte als wichtige Akteure zur Umsetzung nationaler und internationaler Agenden wahrgenommen werden und so mehr Entscheidungs- und Handlungsraum für eine nachhaltige Stadtentwicklung erhalten. Zum Beispiel hat der internationale Städteverband **C40 einen prägenden Einfluss auf die internationale Klimadiskussion und die Anerkennung der zentralen Rolle der Städte** in der Bekämpfung der globalen Klimakrise.

*A4. Wenn klassische Bankability-Kriterien für Infrastrukturinvestitionen in vielen afrikanischen Städten nicht anwendbar sind, welche Finanzierungsinstrumente benötigt es? Welche Rolle können Deutschland und die Europäische Union (EU) bei der Entwicklung solcher Finanzierungsinstrumente spielen? Sollte Europa Leuchtturmprojekte wie z.B. der Bau von U-Bahnen fördern, und wenn ja, welche Prioritäten sollten gesetzt werden. In welchen Ländern sollten die Maßnahmen dann umgesetzt werden? Sind Investitionen in Klein- und Mittelstädte ein hilfreiches Mittel, den Urbanisierungsdruck zu steuern?*

Der **mangelnde Zugang von Städten zu Finanzierung ist eine der Hauptherausforderungen für eine nachhaltige und klimaschonende Stadtentwicklung.**

Um Städten den notwendigen Zugang zu Finanzierung zu verschaffen bedarf es eines umfassenden Ansatzes, der über die Entwicklung von Finanzierungsinstrumenten hinausgeht:

1. Als Resultat fehlender **Erfahrungen und erprobter Verfahren für die technische Vorbereitung komplexer Infrastrukturprojekte** greifen Städte oftmals zu „off the shelf“ Lösungen insbesondere aus China zurück, welche nur selten den lokalen Anforderungen entsprechen. Schlecht geplante und nicht an die lokalen Gegebenheiten und Bedürfnisse angepasste Projekte liefern nicht die gewünschten Ergebnisse, belasten den Haushalt und schränken den finanziellen

Handlungsspielraum für städtische Investitionen über viele Jahre hinweg ein. **Städte müssen daher in die Lage versetzt werden, eigenständig sinnvolle Projekte zur nachhaltigen Stadtentwicklung technisch so vorzubereiten**, dass diese finanzierungsfähig und nachhaltig bewirtschaftbar sind.

2. **Geringe Eigeneinnahmen und ineffektive kommunale Haushaltsführung**, und entsprechend fehlendes oder schlechtes Credit Rating verhindern die Finanzierung aus eigenen Mittel und den Zugang zum Kapitalmarkt. Die **Stärkung von Stadtverwaltungen zur Steigerung der Eigeneinnahmen und zu einer effektiveren Haushaltsführung** sind der Grundstein für eine nachhaltige Finanzierung und die Erschließung externer Finanzierungsquellen.
3. **Die Beteiligung des Privatsektors** bei der Bereitstellung städtischer Infrastruktur bietet Chancen und Risiken. Stadtverwaltungen müssen in die Lage versetzt werden Projekte so vorzubereiten, dass sie für eine Beteiligung des Privatsektors in Frage kommen. Zudem müssen sie darin gestärkt werden, erfolgreich und zu den Gunsten der städtischen Bevölkerung Vertragsverhandlungen mit dem Privatsektor zu führen.
4. Es bedarf einer **Reform der internationalen Finanzinstitutionen**, um Finanzflüsse effektiver und flexibler den Städten und Kommunen zur Verfügung zu stellen. **Neben der direkten Finanzierung von Städten sollten auch Instrumente zur Finanzierung kleinerer, lokal angepasster Projekte bereitgestellt werden**. Hier gibt es erste Ansätze der KfW (Südafrika) und der französischen Entwicklungsbank AfD.
5. Die vereinzelt Versuche afrikanischer Städte **innovative Finanzierungsinstrumente** wie kommunale Anleihen oder Instrumente der Mischfinanzierung zu erproben sind vielversprechend. Es mangelt aber an der (Risiko) Bereitschaft der EZ diese Bestrebung mittelfristig und mit einem umfassenden Ansatz zu fördern.

Deutschland und die EU sind in einer **ausgezeichneten Position die** oben beschriebenen **Herausforderungen über existierende Institutionen und Ansätze effektiv zu begegnen**. Das globale **Multigebervorhaben C40 Cities Finance Facility** berät Städte bei der Entwicklung finanzierungsfähiger Infrastrukturprojekte und bei der Erschließung neuer Finanzierungsquellen. **Ansätze wie dieser können einfach skaliert werden** und so einen wirksamen Beitrag zur Finanzierung einer nachhaltigen Entwicklung in Städten und zum Hebeln zusätzlicher Mittel leisten. Deutschland und die EU sollten zudem **Einfluss auf Bi- und Multilaterale Entwicklungsbanken, insbesondere Weltbank und die Europäische Investitionsbank (EIB), ausüben**, sodass diese bedarfsorientierte Finanzinstrumente für Städte in Sub-Sahara Afrika entwickeln und bereitstellen. Existierende Vorhaben der dt. EZ dazu wie der GAP Fund und FELICITY welche explizit dazu aufgesetzt wurden, sollten

gefördert werden und zu entsprechenden strukturellen Veränderungen in den Banken führen. Um der tatsächlichen Bedeutung des Urbanisierungstrends gerecht zu werden, sollte sich Deutschland für einen **Globalen Stadtentwicklungsfonds** nach dem Vorbild der internationalen Klimafonds einsetzen.

**Leuchtturmprojekte** können zu einer Änderung von Gewohnheiten führen und den gesellschaftlichen Diskurs beeinflussen, bspw. innovative Mobilitätsprojekte, die Menschen dazu motivieren, das Fahrrad oder den ÖPNV zu nutzen. Zudem können an Leuchtturmprojekten **neue Verfahren, Technologien oder auch Finanzierungsinstrumente angewandt und erprobt werden**. Es existiert ein großer Bedarf an technischer Unterstützung und Finanzierung für großvolumige Infrastrukturprojekte auf Seiten der afrikanischen Städte. Die internationale Zusammenarbeit tut sich bis lang schwer, solche Projekte systematisch zu begleiten und zu fördern. Was nicht selten dazu führt, dass Städte in Afrika auf die Hilfe von China für die Umsetzung großvolumiger Maßnahmen angewiesen sind. So auch beim Bau der Straßenbahn in Addis Abeba. Obwohl das Projekt oft als Erfolgsprojekt dargestellt wird, erklärte der Bürgermeister, dass die Stadtverwaltung damals schlecht beraten wurde. Die enormen Finanzmittel für die Straßenbahn hätten ausgereicht für eine stadtweite Umsetzung eines Busschnellsystems, welches letztlich viel wirksamer und kosteneffizienter gewesen wäre. Die deutsche EZ hatte kurz vor der Planung der Trasse, die bis dato sehr erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Stadt Addis Abeba beendet. Das Projekt wurde letztlich durch die China Railway Group umgesetzt und von der Chinesischen Exportbank finanziert. Die Förderung von großvolumigen Leuchtturmprojekten sollte an klar definierten Kriterien, wie z.B. Nachhaltigkeit, Armutsorientierung, Klimawirkung gebunden sein.

Generell sollte bei der Unterstützung von Städten, insbesondere bei der Mobilisierung von Investitionsmitteln, auf eine **ausgewogene räumliche Entwicklung** geachtet werden. Klein- und Mittelstädte spielen in vielen Ländern eine wichtige Rolle als regionale Wachstums- aber auch als wirtschaftliche und kulturelle Zentren und sollten in dieser Rolle gestärkt werden.

Wenn es nicht gelingt den Urbanisierungsprozess in Afrika nachhaltig zu gestalten, besteht das Risiko schwer reversibler Entwicklungspfade, mit massiven negativen Auswirkungen für zukünftige Generationen. Gleichzeitig besteht die **historische Chance** den Megatrend Urbanisierung zu gestalten, und **auf lokaler Ebene wirksam und effizient Klimaschutz, Armutsbekämpfung und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern**.